

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

KOMMISSIONSPRÄSIDENT *BARROSO* WIRBT MIT ZUKUNFTS-PROGRAMM BEIM EUROPÄISCHEN PARLAMENT UM SEINE WIEDERWAHL

Nach entsprechenden Forderungen, insbesondere der sozialdemokratischen, liberalen und der grünen Fraktionen (s. EB 14/09), hat Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* am 03.09.2009 politische Leitlinien für die nächste Kommission als Basis für seine Wiederwahl am 16.09.2009 im Plenum in Straßburg an die Abgeordneten übermittelt und in den Fraktionen vom 07. - 09.09.2009 vorgestellt. Als Prioritäten bezeichnete *Barroso* die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Vorreiterrolle der EU im Klimaschutz, nachhaltiges Wachstum und sozialer Zusammenhalt, das Europa der Bürger sowie ein global orientiertes Europa. Er betonte die Bedeutung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und kündigte eine Vision "EU 2020" in der Nachfolge der Lissabonstrategie an. Aus bayerischer Sicht ist die Betonung des Subsidiaritätsprinzips „im Dienste Europas“, z. B. mit der Entscheidungsfreiheit für die Mitgliedstaaten über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen sowie die Fortsetzung des Programms zur besseren Rechtsetzung unter besonderer Berücksichtigung der KMU hervorzuheben. Zudem kündigte *Barroso* eine verstärkte Konzentration auf die Europäische Nachbarschaftspolitik als attraktive Alternative zur Erweiterungspolitik an, da diese "kein unendlicher Prozess" sei. Dem EP bot *Barroso* eine "besondere Partnerschaft" an.

Die politischen Leitlinien sind abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/index_de.htm

LISSABONVERTRAG: SINKENDE ZUSTIMMUNG IN IRLAND; NEUE KLAGE IN TSCHECHIEN; ZUSTIMMUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES ZUM BEGLEITGESETZ

Laut Umfragen aus Irland vier Wochen vor dem 2. Referendum zum Lissabonvertrag am 02.10.2009 ist die Zustimmung zum Lissabonvertrag von 54 % auf 46 % gesunken, während 29 % (+ 1 %) den Vertrag ablehnen und die Zahl der „Unentschiedenen“ um 7 % auf 25 % gestiegen ist. Zudem haben in Tschechien 17 Senatoren Klage gegen das dortige Begleitgesetz zum



Lissabonvertrag vor dem Verfassungsgericht erhoben. Die Klage betrifft Punkte, über deren Vereinbarkeit mit der Verfassung das Gericht noch nicht entschieden hat (s. EB 09/09). Hingegen hat der Deutsche Bundestag am 08.09.2009 das in Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts (s. EB 13/09) neugefasste Begleitgesetz gebilligt. Der Bundesrat muss am 18.09.2009 noch zustimmen.

ERWEITERUNG: RAT LEITET BEITRITTSANTRAG VON ISLAND ZUR STELLUNGNAHME AN KOMMISSION WEITER

Nachdem der Rat Auswärtige Angelegenheiten am 27.07.2009 gemäß Art. 49 EGV den Beitrittsantrag von Island (siehe EB 14/09) zur Stellungnahme an die Kommission weitergeleitet hat, übermittelte Erweiterungskommissar *Olli Rehn* am 10.10.2009 einen Fragebogen, der von Island bis 16.11.2009 beantwortet werden muss. Der Europäische Rat könnte im Dezember bereits die Eröffnung der Erweiterungsverhandlungen beschließen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/gena/109452.pdf

ERWEITERUNG: ABSCHLUSS DER BEITRITTSVERHANDLUNGEN MIT KROATIEN MITTE 2010 - START MIT MAZEDONIEN (FYROM) ENDE 2009

Im Auswärtigen Ausschuss des EP hat Erweiterungskommissar *Olli Rehn* am 02.09.2009 das bisherige Ziel eines Abschlusses der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien bis Ende 2009 wegen der Blockade Sloweniens offiziell revidiert und geht nun von einem Abschluss der Verhandlungen Mitte 2010 aus. Laut *Rehn* gibt es positive Signale, dass Slowenien die Blockade im Herbst aufgeben werde. Bei einem Besuch in Slowenien begrüßte die bayerische Europa-ministerin *Emilia Müller* diese Entwicklung.

Die Rede von Kommissar Rehn im Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments vom 02.09.2009 findet sich unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/358&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

POLITIKVERDROSSENHEIT GRUND FÜR GERINGE BETEILIGUNG AN EUROPAWAHL

Laut einer Eurobarometerumfrage im Auftrag des EP bei knapp 27.000 Bürgern europaweit nach der Europawahl ist die geringe Beteiligung von nur 43 %



in erster Linie auf eine allgemeine Politikverdrossenheit zurückzuführen. Dies gilt insbesondere für junge Wähler.

[European Parliament opinion polling site](#)

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

KOMMISSION WILL POLIZEI UND JUSTIZ ZUGANG ZU EURODAC GEBEN

Die Kommission hat vorgeschlagen, künftig auch Polizei- und Justizbehörden Zugriff auf die EU-Datenbank EURODAC zu geben, wenn dies für Ermittlungen zu Terrorismus oder schwerer Kriminalität nötig ist. In EURODAC werden Fingerabdrücke von Asylbewerbern und illegalen Einwanderern gespeichert, um Mehrfachasylanträge auszuschließen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1295&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/382&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

KOMMISSION FÜR MEHR NEUANSIEDLUNGEN VON FLÜCHTLINGEN

Die Kommission hat ein „Gemeinsames Neuansiedlungsprogramm der EU“ vorgeschlagen. Weiterhin sollen die Mitgliedstaaten aber selbst entscheiden, ob sie sich an Neuansiedlungen beteiligen. Kommissionsvizepräsident *Barrot* betonte, der Vorschlag sei auch ein Akt der Solidarität mit besonders vom Flüchtlingszustrom betroffenen Drittländern. Er stellte klar, dass die Initiative nur Aufnahmen aus Drittstaaten betrifft und nicht mit Bemühungen um mehr EU-interne Solidarität zu verwechseln ist. Die Finanzierung der Initiative soll aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds erfolgen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1267&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=de>

<http://eur->

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0447:FIN:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0447:FIN:DE:PDF)

<http://eur->

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0456:FIN:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0456:FIN:DE:PDF)

EUGH BILLIGT GLÜCKSSPIELMONOPOL AUCH GEGENÜBER INTERNETANBIETERN

Der Europäische Gerichtshof hat das staatliche Monopol für Internet-



Glücksspiele in Portugal gebilligt und damit seine Grundsatzurteile bestätigt, wonach Glücksspielmonopole unter bestimmten Voraussetzungen mit den EU-Binnenmarktvorschriften vereinbar sind. Erstmals hat das Gericht dies jetzt auch für Glücksspiele im Internet entschieden, die der Anbieter von einem anderen Mitgliedstaat aus zulässig betreibt (Az.:C-42/07).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

VERHANDLUNGSBEGINN ÜBER SWIFT-ABKOMMEN MIT DEN USA TROTZ KRITIK

Der EU-Außenministerrat hat dem schwedischen Ratsvorsitz ein Mandat erteilt, um mit den USA ein Interimsabkommen zur Weitergabe von Daten über Finanztransaktionen zur Terrorismusbekämpfung auszuhandeln. Gegenstand des Abkommens sind seit den Anschlägen vom 11.09.2001 von der US-Regierung verlangte Daten der Gesellschaft SWIFT, die ein weltweites Netz zur Abwicklung von Finanztransaktionen zwischen Banken betreibt. Die Mandatserteilung stieß auf breite Kritik, u. a. von Ministerpräsident *Horst Seehofer*, Innenminister *Joachim Herrmann*, der CSU-Europagruppe und der GRÜNEN-Fraktion im Europäischen Parlament.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

NEUE RICHTLINIE ZU VERSCHMELZUNGEN UND SPALTUNGEN VON AKTIENGESELLSCHAFTEN

Der Rat (Allgemeine Angelegenheiten) hat am 27.07.2009 gegen die Stimmen von Deutschland und Österreich eine Änderung gesellschaftsrechtlicher Richtlinien hinsichtlich der Berichts- und Dokumentationspflicht bei Verschmelzungen und Spaltungen von Aktiengesellschaften angenommen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/gena/109452.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st03/st03644.de09.pdf>

EUROPÄISCHE VERBRAUCHERZENTREN MIT ERFOLGREICHER JAHRESBILANZ

Der Jahresbericht des Netzes der europäischen Verbraucherzentralen für das Jahr 2008 zeigt eine um 22 % gestiegene Zahl der Anfragen auf nunmehr 62.000.



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1220&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ONLINEANGEBOTE FÜR ELEKTRONIKGÜTER GENÜGEN OFT NICHT DEM EU-VERBRAUCHERRECHT

Nach einer im Mai 2009 durchgeführten Erhebung in 26 Mitgliedstaaten sowie Norwegen und Island wiesen 55 % der untersuchten Webseiten für Elektronikgüter missverständliche Informationen über die Rechte des Kunden oder die Gesamtkosten für ein Produkt auf oder enthalten unvollständige Kontaktdaten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1292&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/379&format=HTML&aged=0&language=EN>

KOMMISSION PRÜFT MASSNAHMEN GEGEN VERLUST VON FLUGGEPÄCK

Die Kommission prüft, ob neue Rechtsvorschriften wegen des Verlusts von Fluggepäck eingeführt werden sollen.

http://ec.europa.eu/news/transport/090731_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1198&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EUG: EINFRIEREN VON GELDERN VON TERRORVERDÄCHTIGEN AUCH OHNE VERURTEILUNG ZULÄSSIG

Im Urteil vom 02.09.09 (T-37/07 und T-323/07) stellte das EuG fest, dass der Rat nicht verpflichtet ist, eine rechtskräftige Verurteilung abzuwarten, bevor er Vermögen von Terrorverdächtigen einfriert.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2009-09/cp090067de.pdf>

EUGH STÄRKT VERBRAUCHERSCHUTZ BEIM WIDERRUF VON FERNABSATZVERTRÄGEN

Im Urteil vom 03.09.09 (C-489/07) legte der EuGH die Richtlinie über Fernabsatzverträge (EG 97/7) dahin aus, dass eine generelle gesetzliche Pflicht des Verbrauchers zum Wertersatz für die Nutzung der zurückzugebenden Waren mit der Richtlinie nicht vereinbar ist.



<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2009-09/cp090069de.pdf>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

BEKÄMPFUNG DES STEUERBETRUGS: VORSCHLÄGE DER EU-KOMMISSION FÜR EINE WIRKSAMERE ZUSAMMENARBEIT DER STEUERBEHÖRDEN

Die EU-Kommission hat am 18. August 2009 einen Vorschlag für eine Neufassung der Verordnung über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer angenommen. Die Verordnung ist der letzte Teil eines im Dezember 2008 vorgestellten Maßnahmenpakets. Zu den Maßnahmen gehören u.a. die Einrichtung von Eurofisc (operative Struktur für einen schnellen Informationsaustausch zwischen allen Mitgliedstaaten), die gemeinsame Verantwortung für den Schutz des Steueraufkommens in allen Mitgliedstaaten und ein direkter Zugang der Steuerbehörden zu bestimmten Informationen in Datenbanken anderer Mitgliedstaaten. Der Vorschlag berücksichtigt auch den von der Kommission gleichzeitig veröffentlichten Bericht über das Funktionieren der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/tax_cooperation/combating_tax_fraud/COM_2009_0427_DE.pdf

http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/tax_cooperation/combating_tax_fraud/COM_2009_0428_DE.pdf

BERICHT DER KOMMISSION ZUR GEGENSEITIGEN UNTERSTÜTZUNG DER MITGLIEDSTAATEN BEI DER BEITREIBUNG VON ABGABEN, ZÖLLEN UND STEUERN

Die EU-Kommission hat am 4. September 2009 einen Bericht über die Anwendung der Bestimmungen über die gegenseitige Unterstützung bei der Beitreibung von Abgaben, Zöllen und Steuern im Zeitraum 2005 bis 2008 veröffentlicht. Die Kommission hält es für erforderlich, die Effizienz dieser Amtshilfe zu verbessern. Die Mitgliedstaaten sollen die nach ihrem einzelstaatlichen Recht verfügbaren Beitreibungsinstrumente stärken. Auf Gemeinschaftsebene müsse die Beitreibungsamtshilfe zwischen den Mitgliedstaaten gefördert und erleichtert werden. Die Kommission bittet daher den Rat und das Parlament, den von



der Kommission am 2. Februar 2009 vorgelegten Vorschlag für eine neue Beitreibungsrichtlinie möglichst bald anzunehmen.

[http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/common/whats_new/COM\(2009\)451_de.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/common/whats_new/COM(2009)451_de.pdf)

VORBEREITUNG DES G-20-GIPFELS AM 24./25. SEPTEMBER 2009 IN PITTSBURGH

Die G-20-Finanzminister haben sich am 4./5. September 2009 in London zur Vorbereitung des G-20-Gipfels am 24. und 25. September 2009 getroffen. Ziel der G-20-Finanzminister ist, durch geeignete Vergütungsregelungen im Bankensektor die Eingehung übermäßiger kurzfristiger Risiken zu verhindern und Systemrisiken zu mindern. Das Financial Stability Board (FSB) wurde beauftragt, dafür detaillierte Vorschläge auszuarbeiten und für den Gipfel der G-20-Staats- und Regierungschefs Ende September 2009 vorzulegen. Weitere wichtige Punkte sind eine strengere Regulierung und Aufsicht über systemrelevante Unternehmen sowie höhere Eigenkapitalanforderungen für Banken. Daneben ging es um mögliche Exit-Strategien aus den außergewöhnlichen fiskalischen und geldpolitischen Unterstützungsmaßnahmen aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise.

http://www.g20.org/Documents/FM_CBG_Comm_-_Final.pdf

http://www.g20.org/Documents/FM_CBG_Declaration_-_Final.pdf

Am 17. September 2009 treffen sich die Europäischen Staats- und Regierungschefs zur Vorbereitung des G-20-Gipfels Ende September. Im Vorfeld haben Bundeskanzlerin *Merkel*, Premierminister *Brown* und Präsident *Sarkozy* eine gemeinsame Position, insbesondere zu Vergütungsregelungen im Bankenbereich, formuliert.

URTEIL DES EUGH ZUM GLÜCKSSPIELMONOPOL BEI INTERNETWETTEN

Der EuGH hat mit Urteil vom 8. September 2009 die Zulässigkeit staatlicher Glücksspielmonopole bei Internetwetten bestätigt. In Portugal ist das Monopol für Lotterien, Lottospiele und Sportwetten über das Internet einer Einrichtung ohne Gewinnerzielungsabsicht verliehen worden. Diese arbeitet in enger Abhängigkeit von der portugiesischen Regierung. Der EuGH hat die portugiesische Regelung gebilligt. Da die Regelung hauptsächlich der Bekämpfung von



Kriminalität dienen soll und Glücksspiele eine besondere Gefahr durch Betrug und andere Straftaten mit sich bringen, hält der EuGH die mit der portugiesischen Regelung verbundene Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit für gerechtfertigt.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-42/07](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-42/07)

URTEIL DES EUGH ZUR ERGÄNZENDEN ALTERSVORSORGE IN DEUTSCHLAND (SOG. "RIESTER-RENTE“)

Der EuGH hat am 10. September 2009 sein Urteil in der Vertragsverletzungsklage der EU-Kommission gegen Deutschland wegen der Regelungen zur ergänzenden Altersvorsorge (sog. "Riester Rente") veröffentlicht. Der EuGH hielt die Rügen der Kommission für begründet und stellte fest, dass die deutschen Vorschriften zur ergänzenden Altersvorsorge in den §§ 79 bis 99 des Einkommensteuergesetzes in drei Punkten gegen die Freizügigkeit der Arbeitnehmer verstoßen (Verweigerung der Altersvorsorgezulage für nicht unbeschränkt steuerpflichtige Grenzarbeitnehmer und deren Ehegatten; Ausschluss der Verwendung des geförderten Kapitals für eine nicht in Deutschland belegene Wohnung; Pflicht zur Rückzahlung der Zulage bei Beendigung der unbeschränkten Steuerpflicht in Deutschland).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurftp=jurftp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnorec=alldocnorec&docnoj=docnoj&docnoor=docnoor&radtypeord=on&typeord=ALL&docnodecision=docnodecision&allcommjo=allcommjo&affint=affint&affclose=affclose&numaff=C-269%2F07&ddatefs=&mdatefs=&ydatefs=&ddatefe=&mdatefe=&ydatefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100&Submit=Suchen>

BEIHILFERECHTLICHE GENEHMIGUNG DES DEUTSCHEN BAD BANK-MODELLS

Die EU-Kommission hat am 31. Juli 2009 das deutsche Bad-Bank-Modell, durch das der Finanzmarkt in Deutschland weiter stabilisiert werden soll, beihilferechtlich genehmigt. Die Entscheidung betrifft das sog. „Zweckgesell-



schaftsmodell“, mit dem den Finanzinstituten die Möglichkeit gegeben wird, faule Wertpapiere auf Zweckgesellschaften zu übertragen. Die Regelung soll gewährleisten, dass die Unsicherheit infolge der von Banken gehaltenen strukturierten Wertpapiere gemindert wird und die Banken in die Lage versetzt werden, weiterhin Kredite an die Realwirtschaft zu vergeben. Anträge auf Entlastung müssen binnen sechs Monaten ab Einführung der Regelung gestellt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1216&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

NEUE REGELUNGEN IM FINANZMARKTBEREICH

Der Rat der EU hat am 27. Juli 2009 diverse Regelungen im Finanzmarktbereich verabschiedet. Dazu gehören insbesondere die Verordnung über Rating-Agenturen, die eine Richtlinie zur Änderung der Eigenkapitalrichtlinien, eine Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen in der Gemeinschaft und die Richtlinie über die Aufnahme, Ausübung und Beaufsichtigung der Tätigkeit von E-Geld-Instituten. Der Rat und das Europäische Parlament hatten sich - nach eingehender Erörterung - bereits im Vorfeld auf die Regelungen verständigt. Die Entscheidung im Rat war daher nur noch Formsache und konnte vor diesem Hintergrund ohne neue Diskussion im Rat getroffen werden. Gleichwohl handelt es sich um bedeutende Entscheidungen, weil sie teils (Verordnung über Rating-Agenturen, Richtlinie zur Änderung der Eigenkapitalrichtlinien) im Zusammenhang mit der Finanzkrise stehen. Bereits im März 2008 hatte der Europäische Rat eine Reihe von Schlussfolgerungen getroffen, um die zentralen Schwachpunkte in den Finanzmärkten anzugehen. Ein wichtiger Punkt war dabei die Verbesserung des Regelwerks für Rating-Agenturen. Mit der jetzt verabschiedeten Verordnung über Rating-Agenturen wird diesem Ziel Rechnung getragen. Die Änderung der Eigenkapitalrichtlinie steht im Einklang mit den internationalen Initiativen, auf die sich die G20 auf ihrem Gipfel im April 2009 verständigt hatten. Sie ist ein erster wichtiger Schritt, um die Mängel in den Eigenkapitalregelungen, die im Zuge der Finanzkrise zum Vorschein kamen, zu beheben. Weitere Initiativen in diesem Bereich wurden von der Kommission bereits angekündigt, bzw. auf den Weg gebracht (siehe EB 14/2009).

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st12/st12380.en09.pdf>



RAT VERABSCHIEDET LUFTVERKEHRSPAKET

Der EU-Ministerrat hat am 7. September 2009 zwei Verordnungen zur Organisation des „Single European Sky“ und zur Ausweitung der Befugnisse der Europäischen Agentur für Luftfahrtsicherheit (EASA) abschließend verabschiedet. Im März 2009 hatten sich die Mitgliedstaaten mit dem Europäischen Parlament auf die Texte geeinigt (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/109950.pdf

ÜBEREINKUNFT ZU MARGUERITE-FONDS

Die vier Gründerinstitutionen des „Clubs der langfristigen Investoren“ (sog. „Marguerite-Fonds“: Caisse des Dépôts, Europäische Investitionsbank, Cassa Depositi e Prestiti, KfW) haben sich am 4. September 2009 über die Grundlagen des Marguerite-Fonds geeinigt. Bei dem Fonds handelt es sich um eine der bedeutenden Maßnahmen des EU-Plans zur Wiederankurbelung der Wirtschaft. Mit den Mitteln aus dem Fonds sollen Investitionen in Umwelt-, Energie- und Verkehrsinfrastrukturen in den EU-Mitgliedstaaten finanziert werden (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://www.eib.org/about/press/2009/2009-171-accord-des-principales-institutions-financieres-publiques-europeennes-sur-le-fonds-marguerite-qui-accueille-2-nouveaux-investisseurs-fondateurs-de-reference-core-sponsors.htm>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

RAT VERABSCHIEDET LUFTVERKEHRSPAKET

Der EU-Ministerrat hat am 7. September 2009 zwei Verordnungen zur Organisation des „Single European Sky“ und zur Ausweitung der Befugnisse der Europäischen Agentur für Luftfahrtsicherheit (EASA) abschließend verabschiedet. Im März 2009 hatten sich die Mitgliedstaaten mit dem Europäischen Parlament auf die Texte geeinigt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/109950.pdf



KOMMISSION BESTÄTIGT PROF. DAMIEN NEVEN ALS CHEFÖKONOM DER GENE-RALDIREKTION WETTBEWERB

Die Europäische Kommission hat *Prof. Damien Neven* für weitere drei Jahre zum Chefökonom der Generaldirektion Wettbewerb bestellt. Die Mandatsverlängerung erfolge ausnahmsweise, da er in den ersten drei Jahren seiner Amtszeit „einen wertvollen Beitrag zur Arbeit der Kommission in den Bereichen Kartellrecht, Fusionskontrolle und Beihilfenkontrolle geleistet habe“. Damit soll der reibungslose Ablauf von Projekten mit einer Dauer von mehr als drei Jahren gesichert und Kontinuitätsbrüche vermieden werden, die sich angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besonders negativ auswirken könnten.

ÜBEREINKUNFT ZU MARGUERITE-FONDS

Die vier Gründerinstitutionen des „Clubs der langfristigen Investoren“ (sog. „Marguerite-Fonds“: Caisse des Dépôts, Europäische Investitionsbank, Cassa Depositi e Prestiti, KfW) haben sich am 4. September 2009 über die Grundlagen des Marguerite-Fonds geeinigt. Bei dem Fonds handelt es sich um eine der bedeutenden Maßnahmen des EU-Plans zur Wiederankurbelung der Wirtschaft. Mit den Mitteln aus dem Fonds sollen Investitionen in Umwelt-, Energie- und Verkehrsinfrastrukturen in den EU-Mitgliedstaaten finanziert werden.

<http://www.eib.org/about/press/2009/2009-171-accord-des-principales-institutions-financieres-publiques-europeennes-sur-le-fonds-marguerite-qui-accueille-2-nouveaux-investisseurs-fondateurs-de-reference-core-sponsors.htm>

KOMMISSION LEGT BERICHT ZUR SICHERHEIT UND INTEROPERABILITÄT IM EISENBAHNBEREICH VOR

Die Europäische Kommission hat am 8. September 2009 einen Bericht über die Umsetzung der Richtlinien über die Eisenbahnsicherheit und die Interoperabilität des Eisenbahnsystems veröffentlicht. Sie erachtet darin die Harmonisierung der technischen Anforderungen im Großen und Ganzen qualitativ als zufriedenstellend, hält die Umsetzung der harmonisierten Vorschriften aber noch für zu langsam. Zudem stellen länderspezifische Sicherheitsanforderungen erhebliche Zutrittsschranken für die Eisenbahn-Güterverkehrsmärkte dar. Dies liege z. T. daran, dass Züge und Wagons sehr lange in Betrieb seien und die neuen Regeln erst bei der Inbetriebnahme neuer Fahrzeuge griffen.



HOCHKARÄTIGES PODIUM DISKUTIERT ÜBER „WEGE IN EINE ZUKUNFTSFÄHIGE ENERGIEVERSORGUNG IN EUROPA“

Ein hochkarätiges Podium, bestehend aus dem Vorsitzenden des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie im Europäischen Parlament, *Herbert Reul*, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit im Europäischen Parlament, *Jo Leinen*, dem Generaldirektor für Energie und Transport der Europäischen Kommission, *Dr. Matthias Ruete* und dem Vorstandsvorsitzenden der E.ON Energie AG, Herrn *Prof. Dr. Klaus-Dieter Maubach*, moderiert vom Leiter des ZDF-Studios, *Udo van Kampen*, hat am 9. September 2009 in der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU über „Wege in eine zukunftsfähige Energieversorgung in Europa“ diskutiert. Hierbei wurde deutlich, dass das Thema Energie mit seinen zahlreichen Facetten auch in der neuen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments und unter der neuen Kommission wieder ein zentrales Thema darstellen wird, das nur im Dialog von Unternehmen und Politik bewältigt werden kann.

KOMMISSION VERABSCHIEDET MITTEILUNG ZUR EUROPÄISCHEN INNOVATIONS-POLITIK

Die Europäische Kommission hat am 2. September 2009 eine Mitteilung zur europäischen Innovationspolitik verabschiedet. Darin analysiert sie die Innovationsleistung der europäischen Mitgliedstaaten und stellt einen Fortschritt in diesem Bereich fest. Dies führt sie u. a. auf die Maßnahmen des sog. „Small Business Act“ zurück. Außerdem habe das Innovationsgefälle zwischen der EU, USA und Japan abgenommen. Verbesserungsbedarf sieht die Kommission beim Schutz des geistigen Eigentums (Gemeinschaftspatent) sowie der Innovation im Dienstleistungssektor und der Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien.

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/innovation/policy/future-policy/index_en.htm

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT JAHRESBERICHT ÜBER DIE WETTBEWERBSPOLITIK 2008

Die Europäische Kommission hat am 19. August 2009 ihren Bericht über die Wettbewerbspolitik 2008 veröffentlicht. Der Bericht gibt einen Überblick über die wesentlichen Entwicklungen in diesem Bereich.

http://ec.europa.eu/competition/publications/annual_report/index.html



KOMMISSION GENEHMIGT DEUTSCHE „BAD-BANK-REGELUNG“

Die Europäische Kommission hat am 31. Juli 2009 eine deutsche Regelung genehmigt, durch die der Finanzmarkt in Deutschland weiter stabilisiert werden soll. Danach können Finanzinstitute ihre „faulen“ Wertpapiere auf Zweckgesellschaften übertragen. Die Regelung ergänzt das im Oktober 2008 genehmigte deutsche Rettungspaket für Finanzinstitute und trägt dazu bei, den Finanzmarkt in Deutschland weiter zu stabilisieren.

KOMMISSION GENEHMIGT DEUTSCHE REGELUNG FÜR KURZFRISTIGE EXPORT-KREDITGARANTIEN

Die Europäische Kommission hat am 5. August 2009 eine Regelung genehmigt, mit der Deutschland durch verbesserte Hermes-Deckungen die nachteiligen Auswirkungen der derzeitigen Finanzkrise auf Exportunternehmen auffangen will. Nach Auffassung der Kommission steht die Regelung im Einklang mit dem vorübergehenden Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen zur Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Regelung sieht marktgerechte Prämien für die staatlichen Garantien vor und setzt am Problem an, dass der private Versicherungsmarkt keine kurzfristigen Exportkreditrisiken absichert. Die Regelung ist bis zum 31. Dezember 2010 befristet.

KONSULTATION ZUR ÜBERPRÜFUNG DER WETTBEWERBSVORSCHRIFTEN FÜR DEN VERTRIEBSSEKTOR

Die Europäische Kommission hat am 28. Juli 2009 eine Konsultation zu ihrem Vorschlag für eine geänderte Gruppenfreistellungsverordnung und geänderte Leitlinien für Liefer- und Vertriebsvereinbarungen (Vertikale Beschränkungen) gestartet. Die geltende Verordnung Nr. 2790/1999 tritt im Mai 2010 außer Kraft. Die Kommission ist der Ansicht, dass sich die Vorschriften der Verordnung insgesamt bewährt haben und nicht grundlegend geändert werden sollten. Mit den Änderungsvorschlägen soll den Marktentwicklungen der letzten Jahre Rechnung getragen werden. Dies betrifft vor allem die gewachsene Nachfrage im Markt großer Einzelhandelsunternehmen und die Entwicklung des Online-Vertriebs. Eine Stellungnahme ist bis zum 28. September 2009 möglich.

http://ec.europa.eu/competition/consultations/2009_vertical_agreements/index.html



Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE DES AGRARRATES AM 07.09.2009 IN BRÜSSEL

Im Mittelpunkt des Agrarrates am 07.09.2009 stand der von der Kommission am 22.07.2009 vorgelegte Bericht zur Lage auf dem Milchmarkt. Die von Deutschland und fünf anderen Mitgliedstaaten vorgebrachte Forderung zu einem Aussetzen der Milchquotenerhöhung in 2010 um 1 % wurde, ebenso wie eine verbindliche Einhaltung der Milchquoten in den Mitgliedstaaten, abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurden die von Deutschland initiierten und von 15 anderen Mitgliedstaaten unterstützten Forderungen nach Ausweitung der bestehenden Marktmaßnahmen. Im Rahmen einer Aussprache zur Lage auf dem Futtermittelmarkt wies die Kommission auf eine mögliche Verknappung der Eiweißfuttermittelversorgung hin, da der Import von Soja ohne Spuren nicht zugelassener GVO, nach Aussage der Futtermittelwirtschaft, immer schwieriger wird. Forderungen einzelner Mitgliedstaaten bezüglich einer Unterstützung für den Getreidemarkt und der Einführung von Exporterstattungen für Schweinefleisch, lehnte die Kommission ab.

KOMMISSIONSPRÄSIDENT BARROSO STELLT POLITISCHE LEITLINIEN VOR

Kommissionspräsident *Barroso* präsentierte am 03.09.2009 seine politischen Leitlinien für die nächste Kommission. Im Mittelpunkt steht die Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Landwirtschaft wird als Beitrag zur Erschließung neuer Quellen für Wachstum und sozialen Zusammenhalt gesehen. Neben der Ernährungssicherheit, dem Erhalt der Umwelt und der Pflege des ländlichen Raums, gilt es auch, den Landwirten ein faires Auskommen zu sichern. Mit Blick auf 2020, muss über die künftigen Erfordernisse und die Rolle der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung entschieden werden.

http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/pdf/press_20090903_DE.pdf

LETZTE PHASE DER EU-WEINREFORM TRITT AB 01.08.2009 IN KRAFT

Die letzte Phase der von den Landwirtschaftsministern im Dezember 2007 beschlossenen Weinreform trat am 01.08.2009 in Kraft. Diese weitreichende Reform hat zum Ziel, den Weinmarkt durch Umstrukturierungen ins Gleichgewicht zu bringen und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Weine zu verbessern. Die eingeleiteten Maßnahmen sind u. a. Rodungsregelungen,



Abschaffung von Zuschüssen für Destillationen, Absatzförderungen, Modernisierung von Rebflächen und die Vereinfachung von Etikettierungsvorschriften. Bayern hat sich im Rahmen der Reform intensiv für die Belange der bayerischen Winzer eingesetzt und u. a. im Rahmen der Kennzeichnungsregelung den Schutz des Bocksbeutel durchgesetzt.

http://ec.europa.eu/agriculture/capreform/wine/index_de.htm

AGRARRAT VERABSCHIEDET NEUE VERORDNUNG FÜR TIERISCHE NEBENPRODUKTE

Der Agrarrat hat am 07.09.2009 die Verordnung mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte formell angenommen. Die neuen Bestimmungen sollen die Vorschriften für tierische Nebenprodukte modernisieren und mehr risikoorientierte Regelungen einführen sowie ihr Verhältnis zur weiteren EU-Gesetzgebung klären. Die Verordnung tritt 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft und ist 15 Monate nach Inkrafttreten anzuwenden (siehe auch EB 08/2009).

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st03/st03639.en09.pdf>

KOMMISSION LEGT BESTANDSAUFNAHME ZUM HYGIENEPAKET VOR

Am 28.07.2009 hat die Kommission eine Mitteilung über die Erfahrungen mit der Anwendung der Hygieneverordnungen (EG) Nr. 852/2004, (EG) Nr. 853/2004 und (EG) Nr. 854/2004 (KOM(2009) 403 endgültig), inklusive einer Arbeitsunterlage (SEC(2009) 1079 final), verabschiedet. Der Bericht beruht auf einer umfassenden Konsultation u. a. der mitgliedstaatlichen Behörden, der Lebensmittelunternehmer und der Verbraucherorganisationen und fasst die bisherigen Erfahrungen aller Beteiligten mit der Durchführung des Hygienepaketes in den Jahren 2006, 2007 und 2008 zusammen. Als Hauptprobleme, identifiziert der Bericht insbesondere bestimmte Ausnahmen aus dem Anwendungsbereich der Hygieneverordnungen, einige praktische Aspekte der Zulassung von Betrieben, die mit Lebensmitteln tierischen Ursprungs arbeiten, die Kennzeichnung solcher Lebensmittel, die Umsetzung der HACCP-Verfahren in bestimmten Lebensmittelunternehmen und die Durchführung amtlicher Kontrollen in einigen Wirtschaftszweigen. Anhand der festgestellten Probleme, wird die Kommission, nachdem der Rat und das Europäische Parlament den Bericht diskutiert haben, prüfen, ob Vorschläge zur Verbesserung des Hygiene-



pakets erforderlich sind (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMUG in diesem EB).

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0403:FIN:DE:PDF>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

FRAUENAUSSCHUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS BESTIMMT BERICHTERSTATTERIN FÜR MUTTERSCHUTZRICHTLINIE

Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter des Europäischen Parlaments hat in seiner Sitzung vom 1. September 2009 abermals MdEP *Estrela* (S&D/PRT) zur Berichterstatterin für den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der Richtlinie 92/85/EWG des Rates über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz (sog. Mutterschutzrichtlinie) bestellt.

http://www.europarl.europa.eu/news/public/story_page/048-54431-117-04-18-908-20090424STO54408-2009-27-04-2009/default_de.htm

BESCHÄFTIGUNGSAUSSCHUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VERSCHIEBT ABSTIMMUNG ÜBER ARBEITSZEITVORGABEN FÜR SELBSTÄNDIGE LASTWAGENFAHRER

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments hat seine Abstimmung in zweiter Lesung über den Bericht von MdEP *Bauer* (EPP/ Slowakei) zu Arbeitszeitvorgaben für selbständige Lastwagenfahrer auf den 29. September 2009 verschoben.

EUROPÄISCHE KOMMISSION SCHLÄGT ÄNDERUNG DER STRUKTURFONDSVERORDNUNG VOR

Bereits vor der Sommerpause hat die Europäische Kommission eine Änderung der Ratsverordnung 1083/2006 über allgemeine Bestimmungen für die Kohäsionspolitik vorgeschlagen, die u. a. für den Europäischen Sozialfonds (ESF) gilt.

Neben Vereinfachungsmaßnahmen, die die Verwaltungslast für die Fonds



reduzieren sollen, bildet das Kernstück des Kommissionsvorschlages die den Mitgliedstaaten darin eröffnete Möglichkeit, Erstattungen aus dem ESF für die Jahre 2009 und 2010 in Höhe von 100 % bei der Kommission zu beantragen (sog. Aussetzen der Kofinanzierung).

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=561&furtherNews=yes>

EUGH-GENERALANWALT HÄLT BERUFLICHE ALTERSGRENZEN FÜR MIT EU-RECHT VEREINBAR

Berufliche Altersgrenzen sind nicht unbedingt und stets eine unzulässige Diskriminierung wegen Alters. Zu diesem Ergebnis kommt *Yves Bot*, Generalanwalt beim EuGH in seinen am 3. September 2009 vorgestellten Schlussanträgen in den Rs. C-229/08 und C-341/08 betreffend zwei Verfahren, die in deutschen nationalen Regelungen enthaltene berufliche Altersgrenzen zum Gegenstand haben.

http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/startseite

ARBEITSLOSENQUOTE IN EU WEITER GESTIEGEN

Wie die europäische Statistikbehörde Eurostat am 1. September 2009 mitteilte, erhöhte sich die saisonbereinigte Arbeitslosenquote erwartungsgemäß in der Eurozone auf 9,5 % von 9,4 % im Juni. Im Juli 2008 hatte sie 7,0 % betragen. In der gesamten EU lag die Arbeitslosenquote bei 9,0 % gegenüber 8,9 % im Juni.

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

KOMMISSIONSPRÄSIDENT BARROSO LEGT POLITISCHE LEITLINIEN FÜR ZWEITE AMTSZEIT VOR: WICHTIGE PUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUK

In seinen politischen Leitlinien für eine zweite Amtszeit betont Kommissionspräsident *Barroso*, dass zur Bewältigung der Krise an einer deutlichen Erhöhung der Bildungsqualität gearbeitet werden müsse. Um Europa für die junge Generation weiter zu öffnen, sollen die bestehenden EU-Bildungsprogramme zudem in eine neue umfassendere EU-Initiative für Jugend und Mobilität integriert werden.



http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/pdf/press_20090903_DE.pdf
f

SCHWEDISCHER RATSVORSITZ ERLÄUTERT IM EP-BILDUNGS- AUSSCHUSS PRIORITÄTEN DER PRÄSIDENTSCHAFT

Der schwedische Bildungsminister *Björklund* stellte im Bildungsausschuss des Europäischen Parlaments die Aufwertung des Images des Lehrberufs, die Verbesserung der Fähigkeiten von Lehrkräften, die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und die Steigerung von Synergien innerhalb des Wissensdreiecks als Prioritäten der schwedischen Ratspräsidentschaft im Bildungsbereich vor.

EU-ERKLÄRUNG ZU SCHULSCHLIESSUNGEN WEGEN GRIPPEPANDE- MIE

Der EU-Gesundheitssicherheitsausschuss hat auf Vorschlag der Europäischen Kommission eine Erklärung angenommen, die hinsichtlich der neuen Grippe ein koordiniertes Vorgehen bei Schulschließungen vorsieht. Derzeit werde zwar von den Mitgliedstaaten keine Notwendigkeit für vorsorgliche Schulschließungen gesehen; sollten aber bei Schülern Infektionen festgestellt werden, könne eine rechtzeitige und örtlich begrenzte Schulschließung die Übertragung des Virus verlangsamen.

http://ec.europa.eu/health/ph_threats/com/Influenza/docs/statement_school_en.pdf

ANMELDUNG ZUM ÜBERSETZUNGSWETTBEWERB „JUVENES TRANSLATORES“

Bis zum 20.10.2009 können sich weiterführende Schulen in ganz Europa mittels eines Onlineformulars für die Teilnahme am Übersetzungswettbewerb „Jvenes Translatores“ 2009 bewerben. Dieser Wettbewerb wird seit 2007 von der Europäischen Kommission organisiert und soll das Interesse von Schülern am Sprachenlernen wecken und die Mehrsprachigkeit fördern.

http://ec.europa.eu/dgs/translation/programmes/jt/index_de.htm

EU UND SCHWEIZ UNTERZEICHNEN GEMEINSAMES BILDUNGSAB- KOMMEN

Die EU und die Schweiz haben ein gemeinsames Bildungsabkommen unter-



zeichnet, das ab 2011 auch Schweizern die offizielle Teilnahme an Bildungs- und Jugendprogrammen der EU ermöglichen soll. Die Schweiz soll sich an den Programmen „Lebenslanges Lernen“ und „Jugend in Aktion“ in den Jahren 2011-2013 mit einem Betrag von insgesamt 50,1 Mio. € beteiligen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

FORSCHUNG FÜR EINE WISSENSBASIERTE GESELLSCHAFT ALS WESENTLICHES ELEMENT DER POLITISCHEN LEITLINIEN VON JOSÉ MANUEL BARROSO

Barroso fordert in seinen Leitlinien für die angestrebte zweite Amtszeit die Stärkung der Forschung und der Innovation für eine wissensbasierte Gesellschaft. Es gelte, die Forschungspolitik auf eine neue Stufe zu heben, explizit führte *Barroso* folgende vier Punkte auf: die Erreichung des Weltniveaus in der Grundlagenforschung, die Stärkung der angewandten Forschung von der Nanotechnologie bis zur Raumfahrttechnik, die Förderung von Austausch- und Rückgewinnungsprogrammen für Forscher sowie die verstärkte Ansiedlung von FuE-Kapazitäten in den Regionen.

http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/pdf/press_20090903_DE.pdf

UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG BAUT SPITZENSTELLUNG IM EU-BILDUNGSPROGRAMM AUS

Die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) erreichte im Rahmen der Ausschreibungen zum Life Long Learning Programm 2009 einen sehr großen Erfolg: Keine Einrichtung erhielt europaweit mehr Bewilligungen als das FAU-Institut für Lern-Innovation. Gleich drei von Bayernweit vier Projekten werden in den kommenden Jahren an der FAU koordiniert, um eine lernende Web 2.0-Gemeinschaft zu kreieren, eine Qualitäts-Linse für Lernprogramme zu schaffen und ein Netzwerk zur Erziehungsunterstützung für Eltern aufzubauen. Auf Deutschland insgesamt entfielen 30 von europaweit 200 Förderprojekten.

http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-programme/doc78_de.htm

<http://www.fim.uni-erlangen.de/de>



MÜNCHENER UNIVERSITÄTEN BETEILIGEN SICH AM WETTBEWERB UM DAS EUROPÄISCHE TECHNOLOGIEINSTITUT

Die beiden Münchener Universitäten beteiligen sich mit insgesamt fünf Projektvorschlägen an der ersten Ausschreibungsrunde für die Wissens- und Innovationsgemeinschaften des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie (EIT). Ziel des EIT-Konzeptes ist es, die Bereiche Bildung, Forschung und Innovation durch Förderung und systematischen Aufbau regional verankerter Cluster und internationaler Netzwerke der leistungsfähigsten Institute, Universitäten und industriellen Forschungszentren synergetisch zu stärken. Bis Dezember soll das Evaluierungsverfahren abgeschlossen sein, die drei besten Anträge in den Kategorien Klimawandel - Anpassung und Vermeidung, nachhaltige Energie und die nächste Generation der Informations- und Kommunikationsgesellschaft erhalten dann eine Einladung zu einer Anhörung durch einen Ausschuss aus Mitgliedern des EIT-Verwaltungsrates. Die schließlich ausgewählten Projekte starten ab März 2010 mit einem voraussichtlichen jährlichen Finanzvolumen von 80 Mio. €.

<http://eit.europa.eu/about-eit/at-a-glance/eit-mission.html>

DEUTSCHLAND WAR DER ERFOLGREICHSTE MITGLIEDSTAAT IM 6. FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM

Laut Studie des Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung war Deutschland mit seinen Forschungseinrichtungen in Hochschulen, der Wirtschaft oder von außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit 3 Mrd. € an eingeworbenen Projektmitteln der erfolgreichste Mitgliedsstaat im vorangegangenen 6. Forschungsrahmenprogramm. Zu dem deutschen Erfolg trugen im wesentlichen Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen bei: Baden-Württemberg erhielt rund 20 % der nach Deutschland geflossenen Zuwendungen, gefolgt von Bayern (18 % der Zuwendungen) und Nordrhein-Westfalen (16 % der Zuwendungen). Integriert man die deutschen Länder in das europaweite Ranking würde Bayern Platz neun vor Österreich einnehmen.

http://www.forschungsrahmenprogramm.de/media/1_ZEW-Endbericht_final.pdf

TRANSPARENZ BEI TEMPUS

Die Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ erhöht die Transparenz über ihre Förderaktivitäten im Programm TEMPUS, einer Excel-Tabelle



sind alle wichtigen Informationen zu den seit 2008 laufenden Programmen zu entnehmen. Die Excel-Tabelle finden Sie unter:

http://eacea.ec.europa.eu/tempus/results_compendia/projects_description_en.php

6,8 MIO. € FÜR BILDUNGSPROJEKTE MIT NORDAMERIKA

Die Europäische Kommission fördert mit einem Gesamtbetrag von 6,8 Mio. € den akademischen Austausch zu den USA und nach Kanada. 33 Projekte wurden dieses Jahr ausgewählt, die von allen drei Partnern gemeinsam finanziert und überwacht werden. Der größte Förderanteil entfällt mit 5,7 Mio. € auf die Kooperation mit den USA und mit jeweils 1,1 Mio. € fördern die EU und Kanada die Zusammenarbeit von Universitäten und Berufsbildungseinrichtungen, den Austausch von Professoren und Studierenden (insgesamt über 1200) sowie die Zusammenarbeit bei Bachelor- und Masterstudiengängen mit dem Ziel der Verleihung von doppelten Hochschulabschlüssen.

http://ec.europa.eu/education/programmes/eu-usa/index_en.html

http://ec.europa.eu/education/programmes/eu-canada/index_en.html

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

GVO-ANBAUVERBOTE – AGRARRAT VOM 07.09.2009

Im Rahmen einer Aussprache der EU-Agrarminister am 07.09.2009 in Brüssel zur Lage auf dem Futtermittelmarkt und dem Problemkomplex der asynchronen Zulassung von GVO (s. EB 13/09 und 14/09) äußerte Kommissarin *Fischer Boel* in einer Pressekonferenz erstmalig Verständnis für GVO-Anbauverbote in den Mitgliedstaaten und gab an, zukünftig Überlegungen unterstützen zu wollen, die den Mitgliedstaaten in Fragen nationaler GVO-Anbauverbote mehr Freiheit einräumen (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMELF in diesem EB).

EUROPÄISCHE UMWELTAGENTUR VERÖFFENTLICHT VORLÄUFIGE ZAHLEN ZU TREIBHAUSGASEMISSIONEN FÜR 2008

Am 31.08.2009 veröffentlichte die Europäische Umweltagentur in Kopenhagen (EUA) vorläufige Zahlen zu Treibhausgasemissionen für das Jahr 2008. Demzufolge sanken die Emissionen bereits das vierte Jahr in Folge. In den Mitgliedstaaten der EU-15 gingen im Vergleich zum Jahr 2007 die Emissionen um



1,3 % zurück und lagen somit rund 6,2 % unter den Basiswerten des Bezugsjahres 1990. Im Rahmen des Kyoto-Protokolls hatten sich die EU-15 das Ziel gesetzt, ihre Emissionen im Zeitraum von 2008 bis 2012 um 8 % gegenüber den Werten des Ausgangsjahres 1990 zu reduzieren. Die EUA geht davon aus, dass die Treibhausgasemissionen der EU-27 im Jahr 2008 um weitere 1,5 % gefallen sind.

<http://www.eea.europa.eu/highlights/emissions-of-air-pollutants-down-in-eu-27>

EUROBAROMETER-UMFRAGE ZU UMWELTAUSWIRKUNGEN BEIM PRODUKTKAUF

Bei einer am 29.07.2009 veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage gaben vier von fünf EU-Bürgern an, dass sie beim Produktkauf auch deren Umweltauswirkungen berücksichtigen. So achten fast 80 % der EU-Bürger beim Kauf von Produkten, die Strom oder Treibstoff verbrauchen, immer oder zumindest häufig auf deren Energieeffizienz. In Deutschland gaben dies sogar 85 % der Befragten an. In der Umfrage äußerten 84 % der Deutschen, ihre Kaufentscheidung an Umweltaspekten auszurichten.

http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_256_en.pdf

AGRARRAT VERABSCHIEDET NEUE VERORDNUNG FÜR TIERISCHE NEBENPRODUKTE

Der Agrarrat hat am 07.09.2009 die Verordnung mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte formell angenommen. Die neuen Bestimmungen sollen die Vorschriften für tierische Nebenprodukte modernisieren und mehr risikoorientierte Regelungen einführen sowie ihr Verhältnis zur weiteren EU-Gesetzgebung klären. Die Verordnung tritt 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft und ist 15 Monate nach Inkrafttreten anzuwenden (siehe auch EB 08/09).

Die technischen Einzelheiten zur Umsetzung der neuen Regelungen werden 2010 im Rahmen des Komitologieverfahrens in separaten Durchführungsbestimmungen festgelegt.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st03/st03639.en09.pdf>

KOMMISSION LEGT BESTANDSAUFNAHME ZUM HYGIENEPAKET VOR

Am 28.07.2009 hat die Kommission eine Mitteilung über die Erfahrungen mit



der Anwendung der Hygieneverordnungen (EG) Nr. 852/2004, (EG) Nr. 853/2004 und (EG) Nr. 854/2004 (KOM(2009) 403 endgültig) inklusive einer Arbeitsunterlage (SEC(2009) 1079 final) verabschiedet. Der Bericht beruht auf einer umfassenden Konsultation u. a. der mitgliedstaatlichen Behörden, der Lebensmittelunternehmer und der Verbraucherorganisationen und fasst die bisherigen Erfahrungen aller Beteiligten mit der Durchführung des Hygienepakets in den Jahren 2006, 2007 und 2008 zusammen. Als Hauptprobleme identifiziert der Bericht insbesondere bestimmte Ausnahmen aus dem Anwendungsbereich der Hygieneverordnungen, einige praktische Aspekte der Zulassung von Betrieben, die mit Lebensmitteln tierischen Ursprungs arbeiten, die Kennzeichnung solcher Lebensmittel, die Umsetzung der HACCP-Verfahren in bestimmten Lebensmittelunternehmen und die Durchführung amtlicher Kontrollen in einigen Wirtschaftszweigen. Anhand der festgestellten Probleme wird die Kommission, nachdem der Rat und das Europäische Parlament den Bericht diskutiert haben, prüfen, ob Vorschläge zur Verbesserung des Hygienepakets erforderlich sind.

Mitteilung der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0403:FIN:DE:PDF>

Arbeitsunterlage:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52009SC1079:DE:NOT>

LETZTE PHASE DER EU-WEINREFORM TRITT AB 01.08.2009 IN KRAFT

Die letzte Phase der von den Landwirtschaftsministern im Dezember 2007 beschlossenen Weinreform trat am 01.08.2009 in Kraft. Diese weitreichende Reform hat zum Ziel, den Weinmarkt durch Umstrukturierungen ins Gleichgewicht zu bringen und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Weine zu verbessern. Die eingeleiteten Maßnahmen sind u. a. Rodungsregelungen, Abschaffung von Zuschüssen für Destillationen, Absatzförderungen, Modernisierung von Rebflächen und die Vereinfachung von Etikettierungsvorschriften. Bayern hat sich im Rahmen der Reform intensiv für die Belange der bayerischen Winzer eingesetzt und u. a. im Rahmen der Kennzeichnungsregelung den Schutz des Bocksbeutel durchgesetzt (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMELF in diesem EB).



EU-ERKLÄRUNG ZU SCHULSCHLIESSUNGEN WEGEN GRIPPEPANDEMIE

Der EU-Gesundheitssicherheitsausschuss hat auf Vorschlag der Europäischen Kommission eine Erklärung angenommen, die hinsichtlich der neuen Grippe ein koordiniertes Vorgehen bei Schulschließungen vorsieht. Derzeit werde zwar von den Mitgliedstaaten keine Notwendigkeit für vorsorgliche Schulschließungen gesehen; sollten aber bei Schülern Infektionen festgestellt werden, könne eine rechtzeitige und örtlich begrenzte Schulschließung die Übertragung des Virus verlangsamen (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMUK in diesem EB).

http://ec.europa.eu/health/ph_threats/com/Influenza/docs/statement_school_en.pdf

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

KOMMISSIONSBERICHT ZUR DIGITALEN WIRTSCHAFT IN EUROPA VORGELEGT

Seit 2005 hat Europa in Bezug auf das Breitband-Internet einen steten Zuwachs erfahren. Dies besagt ein kürzlich veröffentlichter Bericht der Europäischen Kommission über die digitale Wettbewerbsfähigkeit Europas. Demnach stieg die Zahl der regelmäßigen Internetnutzer von 43 % im Jahr 2005 auf 56 % in 2008, von denen die meisten (ca. 80 %) auch über einen schnellen Internetanschluss verfügen. Damit ist Europa mit 114 Millionen Nutzern des Breitband-Internets an der Weltspitze angekommen.

Derzeit läuft eine öffentliche Konsultation der Kommission im Rahmen des i2010-Prozesses. Diskutiert werden soll eine geeignete Strategie im Bereich der IKT- und Medienpolitik für die Zukunft. Die Konsultation wird bis zum 9. Oktober 2009 laufen und umfasst neun Schlüsselbereiche, die Teil der neuen europäischen IKT-Strategie zur Verwirklichung der Lissabon-Agenda werden sollen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1221&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0390:FIN:DE:PDF>



BESTÄNDE IN EUROPAS DIGITALER BIBLIOTHEK HABEN SICH VERDOPPELT, ANHÖRUNG UND KONSULTATIONSVERFAHREN ZU FINANZIERUNGS- UND URHEBERRECHTSFRAGEN

Ende August 2009 hat die Europäische Kommission in einem Strategiepapier mitgeteilt, bis 2010 die Zahl der in Europas digitaler Bibliothek EUROPEANA vorhandenen Bestände auf 10 Millionen erhöhen zu wollen. Gleichzeitig leitete sie eine öffentliche Konsultation zu Fragen der Finanzierung und des Urheberrechts ein, die noch bis zum 15.11.09 laufen wird.

Seit die mehrsprachige digitale Bibliothek EUROPEANA Ende 2008 eingerichtet wurde, bietet sie den Nutzern Zugriff auf mittlerweile 4,6 Millionen digitalisierte Bücher, Karten, Fotografien, Filmclips und Zeitungen. Die Zahl der digitalisierten Objekte hat sich somit mehr als verdoppelt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1257&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/376&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EMPFEHLUNG ZUR MEDIENKOMPETENZ

Die Europäische Kommission hat am 20.08.2009 den Entwurf einer Empfehlung zur Medienkompetenz abgegeben. Die Empfehlung baut auf die Mitteilung „Ein europäisches Konzept für die Medienkompetenz im digitalen Umfeld“ von 2007 auf, dem ersten Strategiepapier der Kommission zum Thema Medienkompetenz (vgl. EB 09/09). Die Mitgliedstaaten haben nun Zeit, bis zum 11. September Stellung zu nehmen. Anschließend wird das Thema im Rat erörtert. Die deutschen Länder werden eine Stellungnahme abgeben.

http://ec.europa.eu/avpolicy/media_literacy/index_en.htm